

Bezugsgebühr:

Die Postkarten bei Postfilialen  
normalerweise durch andere  
Posten abweichen und ausgenommen, an  
Geschenk- und Postkarten nur einmal  
20 Pf. zu 10 Pf. durch ausnahmsweise Sonder-  
postkarten 20 Pf. bis zu 20 Pf. so ist.  
Bei einschlägiger Anwendung kann die  
Post 20 Pf. ohne Belehrung, im Aus-  
land mit entsprechendem Briefporto.  
Nachdruck aller Artikel a. Original-  
Rücksendungen nur mit beweislicher  
Quellenangabe (Dresden, Stadt.)  
möglich. Nachdrückliche Honorar-  
anprüche werden unbedingt  
unverlangt. Wiederholte werden  
nicht annehmen.

Teleg. Adressen:  
Wiederholten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Lobeck & Co.

Hofflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.  
Chocoladen, Cacaos, Desserts.

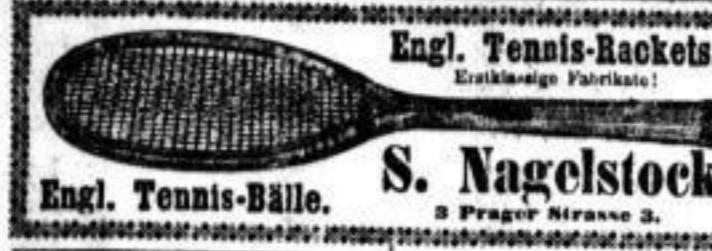
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstr. 38, 40.

Anzeigen-Carif.

Zahlung von Entsendungen  
bis mitternacht 3 Uhr. Samm- und  
Festtag nur Samstagabende von  
21 bis 24 Uhr. Die 1. Wahlkarte Stun-  
de ca. 5 Silben zu 10 Pf., An-  
hängerungen auf der Briefseite Seite  
25 Pf.; die 2. Wahlkarte auf Zeile  
50 Pf., als Eingrund Seite  
50 Pf. Im Nummern nach Samm-  
und Heftzetteln 1. Wahlkarte  
50 Pf., auf Briefseite 50 Pf.,  
Anhänger 25 Pf. auf Zeile und als  
Eingrund 50 Pf. Auswärtige Auf-  
drücke nur gegen Zusatzentnahme.  
Belegblätter werden mit 10 Pf.  
berechnet.

Bernhardiabteilung:  
Mitt. 1 Str. 11 und Str. 2096.



+ Reinigt + mit Maikur  
das Blut im Mai Sarsaparill,  
Sarsaparilla Dr. Brandes  
zur Vorbeugung gegen Krankheit,  
bestechendes und wirksames Kräutermittel zur Reinigung, Aufstrichung des  
Blutes und der Skleren. Flasche 1 Mark, verstaakt 1,50 Mark.  
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.

Neu! Lebensgross! Neu!  
Büsten Sr. Maj. des Königs  
Friedrich August

Schloss-Sir. Friedrich Pachtmann Schloss-Str.

C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20,  
3 Raben.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, außerordentlich billige Preise.

Mr. 129. Spiegel: Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen. Betriebsmittelgemeinschaft. Verzögerung in Sachen, | Motivatische Witterung: | Mittwoch, 10. Mai 1905.

## Wiederbeginn der Reichstags-Verhandlungen.

Bei dem Wiederbeginn der parlamentarischen Verhandlungen rief sich unwillkürlich der Blick rückwärts auf die in der laufenden Session geleistete Arbeit. Diese ist ungewöhnlich umfangreich und, man darf hinzufügen, von weittragender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Beschränkt man sich bezüglich des Reichstages auf den mit dem 20. November v. J. begonnenen Sessionsabschnitt, so ist es in allererster Linie der Abschluss der neuen Tarifverträge mit den sieben Vertragsstaaten, der als das wertvollste Ergebnis der Beratungen herausprangt. So sehr bei den rechts- und den linksstehenden Parteien im Hause Widerspruch gegen das auf dem neuen, unter den bestigten Kämpfen zu stande gekommenen Bollaris ruhende Vertragswerk laut wurde, so sehr selbst ein Teil des Zentrums gegen den angeblich nicht zureichenden Schutz der Landwirtschaft protestierte, schließlich blieb, wenn man von den unverhältnismäßig in ihren freihändlerischen Grundsätzen erstarnten linksliberalen Abgeordneten Gotheim und Gerlach absieht, die sozialdemokratische Partei allein im gegnerischen Lager. Durch die neuen Verträge ist auf zwölf Jahre hinaus unter handelspolitisches Verhältnis zu einer Reihe von Staaten festgelegt, deren kommerzielle Beziehungen zum Deutschen Reich zwar nur einen Bruchteil des deutschen Auslandsverkehrs darstellen, die aber doch in solcher Weise als Bezugs- und Absatzgebiet für uns Wichtigkeit haben, daß das Zustandekommen fester Abmachungen, so wenig sie im einzelnen den Wünschen der deutschen Interessen, vor allem den Bedürfnissen der deutschen Industrie entsprechen, immerhin als ein greifbarer Erfolg bezeichnet werden kann. Der zu erwartenden und anzustrebenden Neuregelung unserer Handelsbeziehungen zu England, den Vereinigten Staaten und Argentinien wird es vorbehalten bleiben, diejenigen Schäden und Verluste, die die deutsche Industrie gegenüber den Vertragsstaaten erlitten hat, nach Möglichkeit auszugleichen.

Wie gewöhnlich in dem zwischen Michaelis und Oster liegenden Arbeitsabschnitt hat sodann die Beratung des Reichshaushalt-Etats eine größere Anzahl von Sitzungen erfordert. Obwohl es schon, daß, wie im Vorjahr, die Festlegung dieses Gesetzwerkes über den 1. April hinaus sich verzögern würde, ist es doch schließlich im Wege einer plausiblen genauen Festlegung des nach den Verhandlungen über den Etat des Reichsamts des Innern noch verfügbaren Zeitraums gelungen, die Beratungen über die noch ausstehenden Ressorts und die dritte Uezung vor dem verfassungsmäßigen Termine zum Abschluß zu bringen. Die Einbringung eines Etat-Notgeiges wurde so vermieden. Als das hervorstechendste Merkmal der Etat-Berhandlungen darf das unumwundene Eingeständnis des Reichschofsekrets bezüglich der ungünstigen Finanzlage des Reiches und die Zusage gelten, daß die dringend notwendige Reichsfinanzreform großen Stiles, nachdem ihr in der lex Stengel ein Vorläufer vorangegangen ist, dessen Bedeutung sich gerade jetzt bei den Abschlüssen für das Rechnungsjahr 1904/05 in hervorragendem Maße herausgestellt hat, nunmehr im Frühherbst des laufenden Jahres in Angriff genommen werden soll. Auf welchem Wege die Sanierung der Reichskonten erfolgen wird, darüber berichtet noch keineswegs Gewißheit; nur soviel darf feststehen, daß eine Reihe von Steuerreformen in Vorschlag gebracht und der Versuch gemacht werden wird, den Reichskassen gründlich aufzuholen und sie für die kommenden, zweifellos nicht geringen Mehranforderungen leistungsfähig zu machen.

Wie die schlemme Regelung dieser Angelegenheit sich notwendig erweist im Interesse der Sicherheit und der zukünftigen Entwicklung des Reiches und im Interesse der Behauptung seiner Weltstellung, die zu erhalten und auszubauen beiwohl schwerer ist als sie zu gewinnen, so überzeugt sich der Reichstag auch von der Notwendigkeit der beiden militärischen Reformgesetze, durch die eine Erhöhung der Friedensstärke und die Aenderung der Wehrpflicht gesetzlich festgelegt wurden. Es hatte sich herausgestellt, daß der feste, organische Zusammenhalt der Armee, wie er im rein militärischen Interesse unbedingt erforderlich ist, nicht voll gewährleistet werden konnte, solange Lücken und Mängelverhältnisse in einzelnen Truppenteilen vorhanden waren. Hier zu erheben und zu ergänzen, ist das erste Gesetz herzustellen. Zu der Vorlage betreffend die Aenderung der Wehrpflicht haben schließlich auch die konservativen Parteien ihre Zustimmung gegeben, obwohl der Wert einer zweijährigen Ausbildung bei den Fußtruppen noch nicht durch den Ernstfall erprobt ist und obwohl auch sonst mancherlei Bedenken zu überwinden waren. Schließlich gab den Ausdruck der Umstand, daß das Reich nur bei Annahme des Systems der zweijährigen Dienstpflicht hoffen kann, eine seinem enormen Bevölkerungszuwachs entsprechende territoriale Wehrmacht heranzubilden, und sodann die Erwögung, daß es nicht angängig erschien, in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage und die herrschende soziale Stimmung, von der zweijährigen Wehrpflicht, nachdem sie eine längere Reihe von Jahren bestanden, zu dem

früheren System zurückzukehren. Eine besondere Bedeutung erhielten die an diese Vorlage sich anschließenden Verhandlungen durch die entchiedene Erklärung des preußischen Kriegsministers, daß weitergehenden Wünschen, wie sie von sozialdemokratischer Seite in der Förderung einer allgemeinen einjährigen Dienstpflicht als Vorläufer zum Militärsystem, und der Abschaffung des Einsjährigen-Institutes usw. gefordert wurden, unter keinen Umständen folgegeben werden könne.

Sodann verbient die Haltung des Reichstages gegenüber den Nachfrageforderungen für Südwestafrika Erwähnung und Anerkennung. Es konnte die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß der koloniale Gedanke und die Erkenntnis, daß die deutschen Kolonien bei sachgemäßer Behandlung und ununterbrochener Fürsorge zu wirtschaftlich kräftigen Gliedern des deutschen Außenhandels herangebildet werden können, recht sehr an Boden gewonnen haben. Die sozialdemokratische Partei freilich, die noch bei Beginn des Herero-Aufstands wenigstens Stimmenthaltung geübt hatte, stellte sich, wie allen finanziellen Forderungen gegenüber, auf den ablehnenden Standpunkt; sie bewies damit nur, daß sie noch immer in den politischen Kinderschuhen steht und durch Partei-Interessen eingeschränkt und durch den Egoismus der Führer gehemmt, kein Verhältnis hat für die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben einer aufstrebenden Nation.

Unter den minder bedeutenden Vorlagen, die den Reichstag beschäftigten, seien genannt die durch Initiativvorschläge veranlaßten Verhandlungen über den Erlass eines Reichsberuges, das abgelehnt wurde, über den Antrag auf Freiheit der Religionsschule, den das Zentrum durchdrückte wußte, über die Schaffung einer zielensburgischen Verfassung, über den Maximalarbeitsstag, Lehrlingsausbildung und Besoldungsnachweis, über die Errichtung eines Reichsarbeitsamts und Arbeiterkammern, über den unlauteren Wettbewerb und Widerstand der Grundbuchordnung, über die Art der Wohltreizeinteilung, die Besteuerung der Warenhäuser, über die Vorlage einer neuen Maß- und Gewichtsordnung, die beiden Pensionsgesetzentwürfe usw., genug, eine Fülle an Beratungstoff, der, obwohl noch durch Interpellationen, Petitionen und Wahlprüfungen vermehrt, in dem an langen und anstrengenden Sitzungen allerdings überreichen Sessionsabschnitt im wesentlichen aufgearbeitet wurde.

Wünschenswert wäre, daß dasselbe von dem noch vorliegenden Verhandlungsvorprogramm gesagt werden könnte. Im Vorbergrund stehen der Gesetzentwurf betreffend die Pensionierung der Offiziere, Sanitäts-Offiziere usw. und der Gesetzentwurf betreffend die Versorgung der Unterklassen des Soldatenstandes, Vorlagen, die die erste Uezung schon passiert haben. Da die mit der weiteren Beratung beauftragte Budgetkommission nun ausgiebigeres Material erfuhr hat, erscheint bedauerlicherweise eine Verzögerung der Entwürfe nicht ausgeschlossen. Außerdem hat das Zentrum seine Zustimmung davon abhängig gemacht, daß die Deduzierfrage vorher geregelt wird; auf der anderen Seite ist die Sozialdemokratie mit weitergehenden Anträgen hervorgetreten. Ein neuer Anschub der wichtigen Vorlagen wäre in hohem Maße belastigend, denn mit der in ihnen ausgesprochenen Erhöhung der Bezüge für invalide und ausgeschiedene Personen des Soldatenstandes ist die Tüchtigkeit und Frische des Heeresführers so eng verknüpft, daß eine nochmalige Enttäuschung aller derer, die von dienen Entwürfen eine Besserung ihrer Zukunft erwarten, äußerst nachteilige Rückwirkungen haben müßte, die schließlich den Erfolg des Offizier- und des Unteroffizierkorps überhaupt ernstlich gefährden könnten. Bei so dringenden Forderungen, bei Auflösungen, die im Interesse der Sicherheit des Reiches erfolgen, dürfen finanzielle Bedenken nicht obwalten, zumal Mehreinnahmen aus dem neuen Bollaris erwartet werden dürfen und eine durchgreifende Aufbesserung der Einnahmen des Reiches durch die anstehende Finanzreform in Aussicht steht. Sodann horrt die Gesetzentwurfssorme der Börzen- und Börsensteuer-Novelle der Erledigung. Bereits durch zwei Tagungsabschüsse sieht sich diese Materie hindurch, ohne daß es zu einer Einigung über ihren wesentlichen Inhalt gekommen ist. Vielmehr hat eine Reihe von Bestimmungen Aufnahme gefunden, denen die interessierten Gewerbekreise mindestens miethraum gegenübertreten. Hauptsächlich gelingt es, auch diese Vorlagen in solcher Gestalt wiederherzustellen, daß sie ihre Aufgabe, den veränderten Verhältnissen des Wirtschaftslebens gerecht zu werden, wiewohl erfüllen können. Endlich sieht die neue Maß- und Gewichtsordnung auf der Tagesordnung. An der schnellen Verabschiebung dieser Vorlage ist, da über ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit Einigkeit herrscht, nicht zu zweifeln.

Somit ist es wohl möglich, daß die Dispositionen des Präsidenten, den Tagungsabschluß noch vor dem Pfingstfest zu schließen, innengehalten werden können. Abgesehen von den vorgetragenen sachlichen Gründen wäre dies auch aus geschäftlichen Rücksichten wünschenswert, denn der

Reichstagsabgeordneten, an die im Winter und Frühjahr erneut und zahlreiche Aufgaben herangetreten sind, warten schon Anfang Oktober Vorlagen von außerordentlicher Bedeutung, so den Entwurf einer Reichsfinanzreform, an dem gegenwärtig eifrig gearbeitet wird, sodann die neue Flottenvorlage, die sich allerdings in mäßigen Grenzen zu halten scheint, und die Vorlage betreffend Neuregelung der Handelsverhältnisse zu England, der nordamerikanischen Union und Argentinien. An kleineren Entwürfen stehen in Aussicht die Vorlagen betreffend den privaten Sicherungsvertrag, den Schutz der Werke der bildenden Kunst und der Photographie, den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit u. a. m. Für den Herbst und Winter ist also mit einem Sessionsabschnitt zu rechnen, der an Bedeutung und Intensität der parlamentarischen Arbeit dem hinc uns liegenden mindestens gleichkommen wird.

## Neueste Drahtmeldungen vom 9. Mai.

Schillerfeiern.

Weimar. Schon in den Morgenstunden hatte sich eine medevale türkische Kopfzähne-Menge vor dem Rathause versammelt, um den Feuerzug ähnlich der Schillerfeiern zu sehen. Um 9 Uhr setzte sich dieser unter dem Gelände sämtlicher Glocken nach der Färbungstrug in Bewegung, nachdem vom Balkon des Rathauses Fahnen erklungen und zwei Strophen des Schillerliedes "Freude, schöner Götterfunken" gelungen worden waren. An Juge befinden sich u. a. die Deputationen der Studentenschaft und der Gemeindebehörde, Regierungsvorsteher, Mitglieder der Deutschen Schiller-Stiftung, Abordnungen literarischer Gesellschaften. In der Färbungstrug legte das bissige Gesamtcomitee, Staatsminister Dr. Rothe, Oberbürgermeister Badi, Generalintendant v. Bignau und der Direktor des Goethe- und Schiller-Archivs Professor Dr. Stephan einen Krans der Stadt Weimar nieder, worauf Professor Dr. Stephan auch im Namen des Urenkels Schillers, Freiherrn von Gleichen-Rußwurm, und eine Abordnung der deutschen Studentenschaft ebenfalls Kräuze im Vorausgezogenen niedergelegt. Ansprachen wurden nicht gehalten.

Weimar. Von schönsten Wetter begünstigt, fand heute mittag die imposante Huldigung vor dem Hoftheater am Doppelhandbühne Schiller-Goethe statt. Dem Denkmal gegenüber hatte der Großherzog unter einem Baldachin Platz genommen; außerdem waren das Staatsministerium, die städtischen Behörden, Vertreter der deutschen Studentenschaft und Deputationen, sowie zahlreiche Publikum erschienen. Die Feier begann mit dem Geiste eines vom Geh. Staatsrat Dr. Kubu gedichteten und vom Leipziger Kapellmeister Zöllner gespielten Hymnus. Hierauf hielt Professor Dr. Scheidemann eine kurze, märtige Ansprache, woran die Niederlegung zahlreicher Kränze am Denkmal erfolgte. Als erster wurde ein prächtiger Krans vom Großherzog niedergelegt. Die deutsche Studentenschaft verließ den Großherzog vorüber. Die Schlüsse des Rahmen-Hymnus beschloß die Feier. Abends wird im Hoftheater als Aufführung Schillers "Demetrius" und das "Lied von der Glocke" in lebenden Bildern aufgeführt. Die Tafel- und Gesangsfeier im Althof bei Uri fandte an das Gesamtcomitee ein Telegramm, in dem sie den Dichter ihre Huldigung darbringen.

Jena. Nachdem gestern in der Literarischen Gesellschaft Universität-Profeessor Schlosser über Schillers Besuchungen zu Jena geprahnt hatte, fand heute eine feierliche Verkündigung des Denkmals des Dichters im Schiller-Garten durch Abordnungen der Universität, der Studenten, der Stadt und anderer Ämter statt, wobei Oberbürgermeister Singer eine Ansprache hält. Vormittags zwischen 9 und 10 Uhr eröffnete das Läuten aller Kirchenglocken und begannen die Schilleraufzüge, Mittags stand die Feier der Universität im großen Saale des Volkshauses statt. Universität-Profeessor Michels hielt den Festvortrag und gedachte dabei der Bedeutung Schillers für die Universität. Abends findet eine allgemeine Feier im Volkshaus statt, bestehend in Musikaufführung unter Leitung des Prof. Raumann und Vorträgen Schillerischer Dichtungen. Die Feier eröffnete Prof. Enden. — Am Nachbarorte Wettinjen, in dessen Kirche Schiller einst getraut wurde, ist ein Schiller-Gedenkstein enthüllt und eine Schiller-Linde gepflanzt worden. — Am nächsten Freitag werden auf Befehl des Herzogs von Sachsen-Weiningen die Weininger Hoffchauspieler im biesigen Theater Schillers "Nabale und Liebe" als volkstümliche Aufführung geben.

Berlin. An allen Teilen Deutschlands treffen Meldungen über fehlende Bevölkerungen zum 100-jährigen Todestag Schillers ein. Schulen und Vereine beginnen den Tag durch Feiern und Festzüge, an denen Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, sowie alle Kreise der Bevölkerung teilnehmen. Auch für heute abend sind in den meisten Städten Feiern in Aussicht genommen. In den Theatern kommen meist Werke Schillers zur Aufführung.

Marbach. Heute vormittag wurde für die Schillergedenkfeier veranstaltet, an den sich ein Zug zum Denkmal auf der Schillerhöhe und zur Anlage am Blaichsplatz trug, wo eine Schillerlinde gepflanzt wurde. Mittags bewegte sich ein Huldigungzug der Bürger mit verschiedenen Festwagen, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe darstellend, durch die Straßen der Stadt nach dem Schiller-Denkmal. Für den Abend ist ein Fackelzug in Aussicht genommen. Auf dem Galgenberg wird ein Höhenfeuer abgezündet.

Wiesbaden. Heute mittag wurde hier in den Kurlagen vor dem Königl. Theater das von Professor Upitus entworfene Schiller-Denkmal in Gegenwart des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten enthüllt. Nürnberg. Im Stadtpark wurde heute vormittag in feierlicher Weise der Grandstein zu einem Schiller-Denkmal gelegt, das ein Nürnberger Bürger, der nicht genannt sein will, gesetzt hat.

jetzt ist der Stock von Friedrich Gläserner